

Beschluss des Landrats vom 21.03.2024

Nr. 485

21. Swisspeace – lässt sich der Regierungsrat unter Druck setzen? 2024/46; Protokoll: fo

Stefan Degen (FDP) wünscht die Diskussion.

://: Der Diskussion wird stattgegeben.

Stefan Degen (FDP) bedankt sich, unter anderem auch für die rasche Nachreichung der Antwort auf das ursprüngliche Postulat 2022/550 von Adil Koller. Diese war noch ausstehend und deshalb war die Haltung des Regierungsrats noch nicht klar.

Der Redner möchte wissen, ob neben den Angaben von Swisspeace auch noch weitere, öffentlich einsehbare Quellen die Nachprüfung der gemachten Angaben erlauben. Dabei ist insbesondere die Finanzierung von Interesse. Welchen Anteil der Gelder der Organisation steuern Private, Firmen, andere Staaten und der Bund bei? Ob die jeweiligen Beiträge projektbezogen oder im Rahmen von generellen Leistungsaufträgen erfolgen, spielt dabei keine Rolle.

Im Zuge der folgenden Diskussion werden möglicherweise weitere Fragen auftauchen. Zudem möchte Stefan Degen wissen, wie sichergestellt werden kann, dass der Landrat von einem neuerlichen Finanzierungsantrag für Swisspeace erfährt – sei dies im Rahmen des Budgets, des Swisslos-Fonds oder eines Leistungsauftrags. Denn grundsätzlich liegt ein solcher Entscheid ja in der Kompetenz des Regierungsrats.

Marc Schinzel (FDP) schliesst sich dem Votum von Stefan Degen an und möchte dieses um den inhaltlichen Hintergrund ergänzen. Der damalige Entscheid des Landrats wurde stark kritisiert. So hat beispielsweise der Historiker Georg Kreis, ehemaliger Präsident der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR), gesagt, dass der Landratsbeschluss ein Resultat der Überforderung gewesen sei. Das zeugt von einem seltsamen Demokratieverständnis von Herrn Kreis und erinnert an das Zeitalter der wohlgnädigen Herrschaften der Seidenbandfabrikanten. Es sei in Erinnerung gerufen: Der Landrat hat richtig entschieden; davon zeugen alle Geschehnisse seither. Wenn man nicht überzeugt ist, dass die Gelder gut eingesetzt werden, sollten diese nicht gesprochen werden.

Dem Landrat wurde vorgeworfen, dass er die Forschungsfreiheit einschränkt. In Bern musste aber ein Institut für Studien zum Nahen Osten und der muslimischen Gesellschaft geschlossen werden. Die Leiterin des Instituts, Frau Tolino, hat das angesehene Institut mit Politaktivismus in Grund und Boden gefahren. Forschende des Instituts haben den Anschlag vom 7. Oktober 2023 als «das beste Geschenk» bezeichnet. In Bern wurde beschlossen, das Institut aufzulösen. Beim Fachbereich Urban Studies der Universität Basel war es ähnlich. Ins Detail möchte der Redner nicht gehen. Ohne Beweise wurde behauptet, dass Wildschweine als Waffen dienen. Auch in diesem Fall gab es eine Untersuchung. Diese hat ebenfalls festgehalten, dass es sich um Politaktivismus handelte. Dabei handelt es sich um Pseudowissenschaft, die den Namen nicht verdient. Stossend daran ist insbesondere, dass an Universitäten – die Foren des freien Austauschs sein sollten – Leute ausgeschlossen wurden, wenn bei ihnen eine Sympathie für Israel vermutet wurde. Das muss den Leuten, die uns belehren möchten, gespiegelt werden. Es ist wichtig, dass der Landrat genau hinschaut, wofür diese Gelder eingesetzt werden. Das gilt insbesondere beim komplexen Themengebiet Naher Osten. Nochmals: Der Entscheid des Landrats war richtig. Der Vorwurf des Maulkorbs ist eine haltlose Unterstellung. Der Landrat hat die Zeichen der Zeit richtig erkannt.

Fredy Dinkel (Grüne) sagt, die Antwort des Regierungsrats zeige, dass er dem Landratsbeschluss entsprechend gehandelt habe. Das erstaunt nicht.

Zu erwähnen ist, dass es bessere und schlechtere Forschungseinrichtungen gibt. Dass der Landrat schaut, wohin das Geld fliesst, ist richtig. Allerdings gehört Swisspeace zu den zehn akademischen Einrichtungen von nationaler Bedeutung. In der Evaluation der letzten Periode wurde festgehalten, dass der hohe Praxisbezug ihrer Arbeit Swisspeace eine einzigartige Stellung in der Friedensforschung verleiht. Swisspeace ist nicht einfach eine Person, die Maulkörbe verteilt, sondern betreibt gute Forschung, auch wenn nicht alles richtig sein mag.

Der Redner findet es noch heute beschämend, dass die Finanzierung in Höhe von CHF 100'00 oder 200'000, trotz der Wichtigkeit der Forschungseinrichtung, abgelehnt wurde. Noch dazu geschah dies im Bewusstsein, dass Krieg finanziell etwas vom Teuersten ist – von den nicht-monetären Kosten für die Menschen ganz zu schweigen.

Man hat sich beim Entscheid des Landrats vor allem auf eine umstrittene Aussage des Direktors von Swisspeace abgestützt. Es wurde aber auch gesagt, dass Antisemitismus keinen Platz habe. Interessant war, dass Exponenten der israelitischen Gemeinde die Aussage nicht als antisemitisch, sondern als wissenschaftlich diskutierbar eingestuft haben.

Im Übrigen arbeitet Swisspeace nicht nur in Gaza, sondern auch beispielsweise im Sudan und an ganz vielen Orten der Welt. Entsprechend hält der Redner den Entscheid nach wie vor für beschämend. Es ist allerdings klar, dass dies jetzt abgeschlossen ist. Vielleicht ändert sich das aber in Zukunft einmal.

://: Die Interpellation ist erledigt.
